

Bezugspreis: Vierteljahr 1,50 RM., monatlich 5,00 RM. frei ins Haus...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die achtspaltige Annoncenzeile kostet 20 Pfennig...

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Donnerstag, den 19. Februar 1920.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Die Heeresverminderung aufgeschoben

Von zuständiger Stelle erfahren wir: Der Präsident des Obersten Rates Lloyd George überfandte dem deutschen Geschäftsträger in London Herrn Sthamer die nachfolgende Note:

„Ich habe die Ehre, Ihnen zur Kenntnisgabe an die deutsche Regierung mitzuteilen, daß seitens des Präsidenten der Kontrollkommission in Berlin die Aufmerksamkeit des Obersten Rates der alliierten Mächte auf die schwierige Lage gerichtet wurde, in die die deutsche Regierung gesetzt wird, wenn die alliierten Mächte auf die strikte Erfüllung des Artikels 160 des Versailler Vertrages bestehen, nach welchem die gesamte Effektivestärke der deutschen Bundesstaaten bis spätestens den 31. März 1920 die Zahl von 100 000 Mann, die Offiziere und Depottruppen eingerechnet, nicht überschreiten darf.“

Da dieser Artikel in der Annahme entworfen wurde, daß der Versailler Vertrag an einem viel früheren Datum ratifiziert werden würde, hat sich der Oberste Rat dahin entschieden, zu gestatten, daß die deutschen Streitkräfte bis zum 10. April 1920, d. h. drei Monate nach dem Inkrafttreten des Vertrages, in Gemäßheit des Artikels 163 auf 200 000 Mann und bis zum 10. Juli 1920 auf 100 000 Mann zurückgebracht werden.

„Ich habe die Ehre, Sie zu ersuchen, diese Entscheidung der deutschen Regierung zu übermitteln.“

Paris, 19. Februar. (Z.) In der Kammerkommission für auswärtige Angelegenheiten machte Kriegsminister Lefebvre Ausführungen über den gegenwärtigen Stand in Deutschland bezüglich der Prüfung und Vernichtung von Kriegsmaterial, der Verminderung der Mannschafsstände, der eventuellen Hilfsquellen und erhöhten Garantien.

über die Entwaffnung gefordert werden müsse. (Ein gewisser Widerspruch zwischen diesen Ausführungen und der oben wiedergegebenen Note wird nicht geleugnet werden können.)

Ueberschichten im Bergbau.

Wie ein Berliner Mittagsblatt erzählt, ist es dem verfassungsmäßig eingetretenen Reichskanzler Bauer und der ihn begleitenden Minister in den Verhandlungen im Ruhrrevier gelungen, alle Kreise des Bergbaus von der Notwendigkeit der Erhöhung der Arbeitszeit und Arbeitsleistung zu überzeugen.

Das Verfahren gegen die Kriegsverbrecher.

Wie der Berliner Vertreter der „Frankfurter Zeitung“ erzählt, wird der Oberstaatsanwalt Weigert heute aus Leipzig in Berlin eintreffen, um mit dem Reichsjustizminister Schiffer über das vor dem Reichsgericht schwelende Verfahren wegen der Kriegsverbrechen und Kriegsvergehen sich auszusprechen und die Punkte klarzustellen, in denen Rückfragen notwendig sein dürften.

Bevorzugte Heimkehr der Gefangenen Oberschlesiens.

Oppeln, 19. Februar. (Z.) Die interalliierte Verwaltung- und Abstimmungskommission hat am Tage nach ihrer Ankunft die verbündeten Mächte darum gebeten, die heutige Lage der Abstimmungsgebiete, insbesondere Oberschlesiens, berücksichtigend, bezüglich der Freilassung und der Heimkehr der in den verbündeten Ländern befindlichen Gefangenen eine Vergünstigung eintreten zu lassen.

Gegen Ungarns Henker!

In den ersten Tagen des März soll in Budapest ein standgerichtlicher Prozeß beginnen, in dem 21 Mitglieder derormaligen Räteregierung als Angeklagte erscheinen werden. Der Oberstaatsanwalt Dr. Vary und der Staatsanwalt Dr. Acél haben öffentlich erklärt, die Regierung habe die Absicht, sämtliche Angeklagte ohne Ausnahme dem Henker zu überliefern.

Es handelt sich nicht etwa um eine Sorde von Abenteuerern, die den eingetretenen Umschwung zu eigenmächtigen Zwecken mißbrauchten, sondern in der Hauptsache um alte Vorkämpfer der Sozialdemokratie, die ihre Pflicht zu tun glaubten, indem sie die losgebrochene Bewegung nicht sich selber überließen, sondern sie von blinden Gewalttaten abzuhalten und zu nützlichen Zielen hinzulenken versuchten.

Unter anderem werden in den Konterprozeß folgende bekannte Genossen abgeurteilt.

Peter Agoston, Professor an der Rechtsakademie in Großwardein, vormaliger Staatssekretär für Justiz und später Volkskommissar für Justizwesen. Seit 25 Jahren Mitglied der sozialdemokratischen Partei.

Auf Wunsch der Ententevertreter in Wien blieb er nach dem Sturz der Räteregierung in der ihr folgenden Regierung Weidl. Er konnte nicht flüchten und soll nun dafür mit seinem Leben büßen!

Josef Haubrich, Sekretär des Metallarbeiterverbandes, seit zwei Jahrzehnten dessen Vorstandsmitglied, Volkskommissar für Heerwesen, Stadtkommandant von Budapest, dessen Energie es zu verdanken ist, daß unnützes Blutvergießen vermieden wurde.

Heinrich Kalmár, Redakteur der Budapestener „Volksstimme“, Führer seit 25 Jahren der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in Ungarn.

Oskar Haber, Professor, ein Vorkämpfer der antikerfalten Bewegung in Ungarn, Kommissar für die Liquidierung der Kirchenvermögen.

Dr. Alexander Szabados, vormaliger Redakteur der „Népszava“, derzeit Sekretär der Landesarbeiterkassen, Volkskommissar für Propagandawesen.

Ignac Bogar, Sekretär des Buchdruckerarbeiterverbandes, Präsident des Arbeiter- und Soldatenrats.

Die Verfolgung dieser Männer und ihrer Schicksalsgefährten widerspricht einem Abkommen, das Ende Juli 1919 in Wien zwischen einem Vertreter Ungarns und den Vertretern der Entente abgeschlossen wurde. In jenen Verhandlungen waren beteiligt: auf der einen Seite der vormalige ungarische Armeekommandant Böhöm, auf der anderen Seite Oberst Cunningham, Chef der englischen Militärmission, Prinz Borghese, Chef der italienischen Mission, Kapitän Gregory, Chef der amerikanischen Mission und der französische Gesandte Allié. Die Ententevertreter stellten die Bedingungen fest, unter denen Frieden mit Ungarn geschlossen werden sollte. Es waren die folgenden:

- 1. Die Regierung Ann demissioniert, an deren Stelle eine Regierung aus sozialdemokratischen Gewerkschaftsvertretern ernannt. Es wäre wünschenswert, wenn die Sozialdemokraten Garami, Agoston, Haubrich und Böhöm — die bedrängten waren auch Mitglieder der Räteregierung — in die neue Regierung eintreten würden.
2. Das bolschewistische Regime und die bolschewistische Jugend und Auslandsagitation sind einzustellen.
3. Die konstituierende Regierung wird nur als Übergangsstadium betrachtet und ist verpflichtet, sobald als möglich die Regierung umzubilden und die Vertreter der Parteien der Bauern und Bürger in der Regierung aufzunehmen.
4. Ein Rat aus Ententebotschaftern wird der neuen Regierung zum Aufbau des wirtschaftlichen Lebens beigegeben.
5. Die Blockade wird aufgehoben; die Ententemächte werden sofort alle Maßnahmen ergreifen zur Befreiung von Lebensmitteln, Rohstoffen und Rohmaterial; der Donaubereich wird unzugänglich eröffnet.
6. Alle politischen Verfolgungen — sowohl nach rechts wie nach links — sind sofort einzustellen.
7. Neben dem Umfang der Sozialisierung wird die von allen Parteien ernannte Regierung endgültig entscheiden.

Volk der Dichter und Denker!

Von unseren Feinden ist während des Krieges oft der Satz aufgestellt worden, die Deutschen seien wohl einmal das „Volk der Dichter und Denker“ gewesen, aber seit einigen Generationen hätten sie auf diesen Titel keinen Wert mehr gelegt, sondern allein Macht und Gewalt angebetet.

Wie man Wolff gehört haben mußte, mußte man natürlich auch Einstein gehört haben. Wer ihn hauptsächlich hören mußte, braucht wohl eigentlich nicht gesagt zu werden. Die Hürerschaft hatte ein vorwiegend asiatisches Gepräge. Man sah würdige Matronen, junge Damen zweifelhafter Qualität (ledes Wort hiergegen wäre zuviel. Red. d. „Vorw.“) Schülungen mit den heiligen Farben Jions auf der Wappentafel des jüdischen Wanderbundes, im übrigen Publikum, das nach Salon Cassirer auslief. Es ist ganz verständlich, daß nach Salons Kreise des jüdischen Volkes den Wunsch haben, den jüdischen Gelehrten zu hören, auch nicht zu verkennen, daß viele Deutsche diesem jüdischen Zeitgenossen Interesse entgegenbrachten.

In Prof. Einstein besitz Deutschland einen Gelehrten, der wie kein zweiter sich rühmen kann, deutscher Wissenschaft trotz aller Weisheitsverwirrung des Krieges im ganzen Auslande wieder Achtung und Ansehen verschafft zu haben. Um diesen Gelehrten beneidet uns die Welt, und kein Friedensvertrag von Versailles kann sein wissenschaftliches Ansehen auch in Paris und London antasten. Aber was tut die alldeutsche Presse? Sie verächtelt ein über das andere Mal gelegentlich, daß dieser Mann gar kein Deutscher sei, sondern ein Jude und außerdem noch aus der Schweiz (jüdischen Schweiz?) gebürtig. Und die „Deutsche Zeitung“ dreht sich hinzuzuschauen, daß auch die Leute, die an dem epochemachenden Weisheitswort dieses Mannes Interesse haben, heileibe keine Deutschen seien, sondern „asiatische Gestalten“.

So bemüht sich die alldeutsche Presse, dem deutschen Volk den Ehrennamen des „Volkes der Dichter und Denker“ wieder zurückzugewinnen! Spottet ihrer selbst und weiß nicht wie!

Die Finanzminister beraten!

Die Salutarkommission und die Finanzminister sind an der Arbeit, um auf dem Wege der Aussprache zu den zahlreichen schwierigen finanzpolitischen Problemen Stellung zu nehmen. Man beschäftigt sich mit der Abhärdung der schwebenden Schuld, die in Form von 100 Milliarden Schatzanweisungen besteht und sich laufend weiter vergrößert.

Ebenso wird die bevorstehende Übernahme der Eisenbahnen auf das Reich, sowie die gesamte Finanzlage des Reiches besprochen. Daß die Herren sich auch eingehend über die Steuergesetzgebung zu unterhalten haben, ist selbstverständlich. Die Tagesordnung hat also einen bedeutenden Umfang. Wir hoffen, daß aus den zu erwartenden amtlichen Veröffentlichungen sich ergeben wird, daß wir einer Neuordnung unserer Finanzen etwas zuverlässlicher entgegensehen dürfen als es jetzt der Fall ist.

100 Proz. Eisenbahnzuschlag.

Die Landesversammlung beriet heute zunächst den Gesetzentwurf über Erhöhung der Eisenbahntarife

im Güter- und Tierverkehr in erster Lesung. Durch ihn soll die Regierung ermächtigt werden, zu dem bereits bekannten Procentsatz vom 1. März ab ab einen Zuschlag bis zu 100 Prozent zu erheben. Minister Oeser begründete die Vorlage. Alle bisherigen Tarifserhöhungen haben sich als unzureichend erwiesen, die gewollten Preissteigerungen erfordern auch hier eine Erhöhung der Einnahmen. Die Eisenbahn hatte im Haushaltsjahr 1920 einen Fehlbetrag von 6008 Millionen Reich. Es wäre verfehlt, zur Deckung dieses Fehlbetrages Anleihen oder neue Belastungen der Steuerzahler zu benutzen. Es bleibt nur der ungekürzte Weg der Tarifierhöhung, aber auch dieser deckt den Fehlbetrag nicht vollständig.

Wegen der bayerischen Papiernot. Infolge der überaus großen Papiernot der Zeitungen beabsichtigt das bayerische Finanzministerium für das Jahr 1920 100 000 Eier Papierholz freihändig an Papier-, Zellstoff- und Holzstoffabriken abzugeben.

Am 8. August verhaftete eine Handvoll Offiziere und Polizisten unter dem Schutze der rumänischen Bajonette die Regierung Weidl und setzte eine bürgerliche Regierung ein. Und nun begann das Bluten des weißen Schreckens.

Es wurden 50 000 Männer und Frauen interniert, weitere 15 000 verhaftet, über 30 Menschen wurden gerichtlich hingerichtet, außerdem über 5000 Leute von den Offizierbanden ohne jede gerichtliche Verurteilung einfach ermordet. Täglich werden 30 bis 40 Urteile mit 5 bis 20 Jahren Kerkerstrafe gefällt.

Am 1. August meldete Böhm, daß alle Bedingungen der Entente angenommen seien. Die Regierung Weidl hatte abgedankt, die sozialdemokratische Regierung Weidl war gebildet worden, die den Terror abschaffte, die Konfiskationen einstellte, mit den Bürgerlichen über eine Koalition verhandelte und alle politischen Gefangenen sofort freiließ. Was war die Antwort der Reaktion?

Jetzt soll, in den ersten Märztagen, die Elite der ungarischen Arbeiterbewegung dem Scharfrichter überliefert werden. Das Wiener Komitee der ungarischen Emigranten richtet aus diesem Anlaß an die Sozialisten aller Länder, besonders der Ententeländer, einen flammenden Aufruf, dem die in den vorstehenden Zeilen enthaltenen tatsächlichen Angaben entnommen sind. Es erinnert die Entente an die Ende Juli beiderseits übernommene Verpflichtung, alle politischen Verfolgungen einzustellen, und fordert, auf dieses Abkommen gestützt, Schutz für die wehrlosen Opfer einer sinnlos wütenden Henkerpolitik. Es ist die Pflicht der sozialistischen Presse aller Länder, einer Stimme der Menschlichkeit Gehör zu verschaffen.

Mögen aber auch in Deutschland die entsetzlichen Erfahrungen der ungarischen Genossen die Erkenntnis schärfen, daß aus dem Zusammenprall des roten und des weißen Terrors der Arbeiterklasse kein Heil erwächst! Vernt von Ungarn und seid gewarnt!

In Deutschland schlimmer als in Wien.

Professor Abderhalden über das deutsche Kinderelend.

Schleim Professor Dr. Emil Abderhalden, der berühmte Physiologe, hat in Halle einen öffentlichen Vortrag über „Die Kindersterblichkeit in Deutschland und ihre Bekämpfung“ gehalten, um das deutsche Publikum auf das Schreckliche aufmerksam zu machen, deren Tragweite gar nicht oder nicht genügend bekannt ist und die sofortige dringende Abhilfe heischen.

Abderhalden, der sich seit langem mit der Frage der Kindersterblichkeit beschäftigt, führte u. a. aus: Schon 1918 hatte die Kindersterblichkeit in Deutschland sehr bedeutende Dimensionen angenommen, trotzdem wurden noch 1918 von offizieller Seite aus dementsprechende Meldungen dementiert. Als endlich 1918 zum erstenmal deutsche Kinder nach der Schweiz geschickt wurden, handelte man das Preisige halber wohlgenährte Kinder dort hin. Erst nach dem Zusammenbruch trat die furchtbare Wahrheit in ihrer ganzen Tragweite zutage. Hätte Deutschland nicht Krieg geführt, so wären 1914 bis 1918 zwei Millionen Kinder mehr geboren worden. Jetzt sind weit über hunderttausend Kinder unweigerlich dem Hungertode verfallen, wenn nicht sofort gegen die Unterernährung eingeschritten wird, unter der ungefähr fünfhunderttausend Kinder schwer leiden müssen; denn die Tuberkulose, und die Keuchhusten wüten in erschreckender Weise unter Deutschlands Jugend. Wir selbst sehen nicht mehr, wie sehr unsere Kinder im Wachstum zurückgeblieben sind; aber die neuerrichtete Keuchhustenkommission, die vor kurzem Deutschland besuchte, hat zwölfjährige Kinder auf neun Jahre geschätzt.

Holland, Schweden, Norwegen, Dänemark, Finnland und vor allem die Schweiz haben sich bereit erklärt, leidende deutsche Kinder bei sich aufzunehmen. Im Jahre 1919 war der Stand unserer Heimat noch so, daß die meisten großen Städte Deutschlands für erkrankungsbedürftige Kinder Hotels in der Schweiz gemietet hatten;

Hebbels „Gyges und sein Ring“.

Volksbühne.

In einer würdig schönen Aufführung zogen gestern die Bilder von Hebbels gedankenvoller, sinnungsreicher Tragödie der weiblichen Scham vorüber. Doch Klang der Besatz nicht so voll und laut wie sonst oft wohl in diesem Hause. Bei aller Bewunderung für die edle schillernde Form der Dichtung, für die Tiefe und Kraft der Konzentration, den Wohlklang ihrer Sprache, die Kunst, wie hier nach einem Wort von Hebbels Biographen aus, Volkstümlichkeit, Stimm und Landschaft als das der Fabel genähe atmosphärische Kleid sich um die schlaalen Glieder der Handlung breiten, vermag doch der schwindelnde Höhe Aufstieg, in dem Hebbel die Charaktere auf die Spitze treibt, kein wirklich inneres Mitleben auszulösen. Jede Fatale, die irgendwo den Blick von dem, was ihn als Wesentliches gibt, hätte ablenken können, ist vermieden. Kein Schicksal greift von außen fördernd oder hemmend ein.

Aus dem Verhältnis der drei Personen: des Diktator Königs Sandaules, seiner in fremden Sitten aufgewachsenen Gemahlin und Sandaules Freund, des Griechenjünglings Gyges, der ihn den unschicklich machenden Handwerker als Gabe überreicht, wächst das Drama, Sproß an Sproß ansehend, gradlinig zur Höhe empor. Doch diesem Wachstum sind keine Entwicklungsgehalte durch die Idee des Dichters vorgezeichnet, der die alte griechische Erzählung zum Symbol umformend, in dem Bestreben, den Konflikt bis zu den denkbar letzten Konsequenzen fortzutreiben, alle anderen menschlichen Motive, alle Hemmungen, die einem solchen Ablauf sich naturgemäß entgegenstellen müssen, ausschaltet. Er wandelt die Gestalt des orientalischen Despoten, der aus Begier, dem Freund die Schönheit seines Weibes zu zeigen, den Gyges heimlich im Schlafemord der Königin vertritt, zu einem Herrscher von großartig königlichem Sinn um; er zeichnet ihn als einen Gatten, der, von heißer Leidenschaft für Rhodope durchglüht, das Schmachvolle des Frevels, zu welchem eitel Ruhmsucht ihn in schwacher Stunde verleitet, kaum, daß er ihn begangen, selbst als schwere Schuld empfindet, und nennt die Königin, deren bange Anklage von dem Geschickenen allmählich niedererschmetternde Gewißheit wird, so jedes andere Motiv der Rache. Und trotzdem, trotz der Liebe, mit welcher alle Fesseln ihres Herzens an Sandaules hängen, soll sie für die Bekämpfung ihrer Sünde doch seinen Tod verlangen, soll sie den Gyges, der, ihrer Schönheit begobert, die eigene Schuld mit Selbstmord sühnen will, zum Kontraste wider ihren Willen senden! Damit nicht genug, der Jüngling unterwirft sich, er fordert als einem Schicksalspruch, den die beliebige Rache und unausweichliche Notwendigkeit gefüllt hat, und auch das alles empfindet

die Kosten wurden gemeinsam von dem Reich, der Provinz und der betreffenden Stadt getragen. Da dieses Verfahren bei dem jetzigen Stand der Valuta nahezu zur Unmöglichkeit wird, hat man begonnen, in der Schweiz Freireisen zu sammeln. Dabei sind bis jetzt 8000 Kinder acht Wochen lang in der Schweiz verpflegt worden.

Das gesamte Elend aber ist gefährdet durch die Einladung des Reichsgesundheitsamts an Wiener Kinder, nach Deutschland zu kommen, deselben Reichsgesundheitsamts, das das Buch „Die Opfer der Plagade“ veröffentlicht hat. Obgleich in Wien die Ernährungsverhältnisse entgegen allen anderen Nachrichten bedeutend besser sind als bei uns, obgleich dort mehrere Entente-Kommissionen tätig sind, sind schon zahlreiche Transporte Wiener Kinder in Deutschland angekommen und untergebracht worden. Doch diese Maßnahme bei den Neutralen nicht nur Bestanden herangezogen hat, sondern auch eine Störung im Transport deutscher Kinder nach dem neutralen Aus- und zur Folge hatte, ist selbstverständlich. Diese gehässige politische und humane Wette nützt Deutschland gar nichts.

Abderhalden rügt ferner die Interesslosigkeit des deutschen Publikums. Galle ist Zentralfeste für das Ablassen der Transporte. Für die Bahnarbeit haben sich wirklich sechs Tausend bereit erklärt. Auf dem Kaiserbahnhof drängen sich die Schweizer dazu, den ankommenden Kindern beim Tragen der schweren Koffer behilflich zu sein; kommen sie wieder in Deutschland an, so werden sie von niemandem empfangen und müssen sich selbst die schweren Gepäcke auf ihren kleinen Schultern davontragen.

Die Resultate des Schweizer Ausfalls sind übrigens geradezu glänzend. Gewichts Zunahmen von 10 Pfund sind das übliche, solche bis zu 20 Pfund sind nicht selten.

Eingestandener Verbrecherschutz.

Gleich beim Eintreffen der zweiten Ententenote haben wir hier betont, daß die Stellungnahme der alldeutschen Presse ein Prüfstein dafür sein würde, ob es ihr wirklich um die Abwehr einer unerträglichen Forderung oder um den Schutz von Verbrechern zu tun ist. Während einige alldeutsche Blätter sich wenigstens mit starken Worten dagegen verwehren, daß sie es auf die Straflosigkeit wirklich begangener Kriegsverbrechen abgesehen haben, findet sich in der „Deutschen Zeitung“ das nackte Eingeständnis des beabsichtigten Verbrecherschutzes. Auf Seite 8 der Morgenausgabe vom 18. Februar wird im Anschluß an eine Liste von Strafanträgen gegen deutsche Kriegsgesangene in auffälliger Schriftart folgendes gesagt:

Wir weisen keinen deutschen Heerführer aus, wir lehnen es ab, deutsche Heerführer vor Gericht zu ziehen, auch wenn die Entente auf der Klausel über die Kontrolle nicht bestehen würde. Wir verweigern aber ebenso die Bekräftigung von Verbrechern, soweit dieselbe nur auf Druck der Entente stattfinden soll, sofern nicht die Entente sich selbst bereit erklärt, dem deutschen Volke dieselben Rechte gegen die feindlichen Kriegsverbrecher zuzugestehen!

Aus diesen Ausführungen geht ein Doppeltes hervor: Einmal, daß das Gelammer der alldeutschen Presse über die unerträgliche und unwürdige Erniedrigung des Reichsgerichts eitel Gerede ist. Denn die „Deutsche Zeitung“ bekennt offen, daß die Beurteilung von Heerführern vor einem deutschen Gericht für sie auch dann nicht in Frage käme, wenn die Entente auf jegliches Kontrollrecht verzichtet würde. Vorangehende Ausführungen der „Deutschen Zeitung“ zeigen, daß sie zwischen „Heerführern“ und „Verbrechern“ einen grundsätzlichen Unterschied macht, der Generalstab (oder bei welchem Dienstgrad beginnt für sie der Heerführer?) genügt ihr, um von vornherein jeglichen Verdacht niederzuschlagen. Das ist allerdings das Gegenstück der Justiz ohne Ansehen der Person und des Mannes! Wo bleibt da übrigens die berühmte Solidarität „vom General bis zum Musketier“, die von den Alldeutschen auf allen Versammlungen gerühmt wurde, wenn jetzt die Generale ohne weiteres als jeder Verdacht erhaben behandelt werden

so. Er habe das Heiligum der Seite, die die Welt in ihrem Schlaf schützte, verleiht, drum sei es recht, daß er mit seinem Blute büge. Er fällt von Gyges Schwert. Und wie sie es geliebt hat, reicht sie dem Mörder ihrer Ehre, in Pelias Tempel die Hand zum Gebet. Nun ist der Flecken vor dem Angesicht der Götter reingewaschen, das Notwendige vollzogen. In diesem Bewußtsein gibt sie sich den Tod.

Wah Dietrich war eine Rhodope von hohem künstlerischem Rang, in aller dichter unbarmherzigen Härte solcher Tragik von einer wunderbar weichen Zartheit und süßen Wärme des Gefühls. Er war vom Reiz antiker Plastik lag in der Handlung und dem Spiel der Glieder, um die der Pathos des griechischen Gewandes fiel. Würdig und zugleich mit wirksamem Unterstreichen sinnlich verklärter Eitelkeit stellte sich die Schönheit der Königin dar, dem in Günter Kadant ein trefflicher, jüngerhaft herber und schmerzhaft reiner Gyges zur Seite stand. Die einfache dekorative Ausstattung war mit feinem, malerischem Sinngefühl dem Geist der Dichtung angepaßt.

Conrad Schmidt.

Die neuen Wege der Weltwirtschaft. Der Ausgang des Krieges, der Deutschlands Seeherrschaft vernichtete und den handelspolitischen Anstich Europas überhaupt lähmte, hat wichtige Veränderungen in den Schifffahrtswegen des Weltverkehrs zur Folge. Die Ostsee ist in der Reichweite „West und Meeres“ erobert. Der Atlantische Ozean wird zwar wohl noch wie vor die wichtigste Schifffahrtstraße bleiben, aber die Bedeutung des Stillen Ozeans ist außerordentlich erhöht worden. Dazu trägt der Panamakanal bei und die neue Stellung der Vereinigten Staaten im Weltverkehr. New York an der einen und San Francisco an der andern Küste der Vereinigten Staaten, die nach dem Vorbild Hamburgs zu Freihäfen gemacht werden sollen, sind die beiden Punkte, von denen in Zukunft die belebtesten Schifffahrtswegen der Welt ihren Ausgang nehmen werden. Der gewaltige Ausbau der amerikanischen Handelsflotte bringt es auch mit sich, daß der Seeverkehr mit den süd- und mittelamerikanischen Ländern wesentlich von den Vereinigten Staaten an sich gerissen wird; so haben die Amerikaner schon seit Monaten regelmäßige Fahrten nach dem La Plata eingerichtet, dessen Bedeutung vor dem Kriege das ausgeprägte Vorbild englischer und deutscher Meeresreisen war. Der Panamakanal, der den Verkehr aller amerikanischen Häfen untereinander erleichtert, wird auch den Handel der Vereinigten Staaten mit Ostasien auf ganz veränderte Grundlage stellen. Ruher den Vereinigten Staaten ist Japan das einzige Land gewesen, das während des Krieges seinen Schifffahrtsweg verlor, und zwar um ungefähr 40 Proz. des Friedensstandes. Die Japanner werden ihre Schiffe zu gleichen Teilen auf dem Indischen und Stillen Ozean verkehren lassen; sie haben die Kriegsjahre nicht nur in Ostasien ausgenutzt, um ihren politischen und wirtschaftlichen Einfluß in China und bis nach Indien zu verpflanzen, sondern japanische Schifffahrtsgesellschaften richten jetzt auch Dampferlinien ein, wo sie bis

hellen, und man nur allenfalls die Kleinen und Kleinsten mit der Verantwortung für das Borgekommene belastet?

Aber auch gegen die Beurteilung der von ihr selbst zugehenden Verbrecher — das ist das zweite Ergebnis der Ausführungen — findet jetzt die „Deutsche Zeitung“ die schöne Ausrede, daß sie nicht stattfinden dürfe, solange der Druck der Entente andauere. Also Verjagung auf den Sanft Nimmerleinstag! Allerdings ein würdiger Standpunkt für ein Blatt, das in seinem Leitartikel jammert, der dumme deutsche Michel schäle aus der Frage des „sogenannten“ Problems der Gerechtigkeit heraus und betrachte in seiner Dummheit die ganze Frage vom Standpunkt des Rechts! Mit dieser Verneinung jeglichen Rechtsstandpunktes ist die Absicht des Verbrecherjuches jenenklar bewiesen.

Deutschnational — antisemitisch — sozialdemokratisch.

Noch eine Parteigründung.

Einer Berliner Mittagszeitung zufolge, deren Angabe wir im Augenblick auf ihre Richtigkeit nicht nachprüfen können, soll noch eine neue Partei gegründet werden, die gleichzeitig deutschnational und sozialdemokratisch ist. Nach einer Mitteilung des berüchtigten Antisemitenführers Theodor Fritsch im „Sammer“ vom 15. Februar soll bereits eine Denkschrift zur Gründung der „deutsch-sozialistischen Partei“ auf judenreiner und kapitalloser Grundlage vorliegen. Ihr „Programm“ lautet:

1. Kein Grund und Boden durch Uebergang in Gemeinbesitz und Uebertragung in Zeit- und Erbpacht.
2. Befestigung des latifundistischen römischen Rechts.
3. Verstaatlichung des Geldwesens.
4. Freiheit von jüdischer Fremdherrschaft.
5. gemeinwirtschaftliche und genossenschaftliche Ordnung der Volkswirtschaft, Schutz für Handwerk und Mittelstand.
6. Innenriedlung.
7. Erhaltung des christlichen und Ausschaltung des unnötigen Zwischenhandels, ferner Schulreform mit dem Ziel der Erziehung der Jugend, Schutz des deutschen Vaterlandes gegen fremde Bohndrücker, möglichste Selbständigkeit und Erhaltung der deutschen Wirtschaft.

Soviel Punkte, soviel Unklarheiten. Was versteht z. B. die neue Partei unter der Ausschaltung des „unnötigen“ Zwischenhandels? Wie gedenkt sie den vierten Punkt ihrer Forderung durchzuführen? Ist sie mit den Deutschnationalen in Iselenverwandtschaft, daß sie Hand in Hand mit diesen in Deutschland den Vörogrom, das Kulturdokument des Ostens, in Deutschland einführen möchte? Wir hoffen, daß kein Sozialdemokrat, dessen Name auch nur einigermaßen Geltung in der Arbeiterbewegung hat, sich an dieser Komödie beteiligen hat. Im übrigen möchten wir fast glauben, daß die ganze Parteigründung ein verfrühter Aprilscherz sein soll, den nur sein Erfinder bis zu diesem Datum nicht bei sich behalten konnte und den er deshalb seinen Lesern schon zum — Mihermittwoch aufsticht.

Das Reichliche Telegraphen-Bureau kommt immer weiter herunter. Während man wichtige politische Mitteilungen bei Wolff aus bestimmten Gründen verweigern kann, enthalten die täglichen Depeschendrucke des offiziellen Bureaus immer öfter „Mitteilungen“, deren Interessen zwar sehr durchschüssig, für die Allgemeinheit jedoch absolut gleichgültig sind. Neuerdings verbreitet Wolff sogar Bücherwaschzettel für Scherz — höher kann wohl ein Depeschendruck nicht — sinken.

Zeitungsverbot. Die in Danzig erscheinende kommunistische Zeitung „Die Freiheit“ wurde wegen eines Artikels „Neue Wägen für Kossaken“, der durch Inhalt und Form geeignet sei, das Ansehen der Regierung herabzusetzen und die öffentliche Ruhe und Sicherheit zu gefährden, auf die Dauer von vier Wochen verboten.

der nie tätig waren, und sie torben im Indischen Ozean ebenso im schmalen Weißem Meer mit England, wie im Stillen Ozean mit dem Vereinigten Staaten treten

Friedel Hinde berief in den Meisterklub zu einem Goethe-Abend, und sie sprach vor vollem Hause. Sie gehört also zu denen, die eine Gemeinde gewonnen haben, und das ist gut: ihre Kunst verdient's, und diese Goethe-Abende besonders. Goethe-Abend ist unmittebar hervorbringendes Naturgefühl, nichts vergierlich und nichts vertikal, nichts verklärt und nichts verträglich. Wer sie sprechen will, muß die Kunst des natürlichsten Tons haben; er muß dem Gedicht sich anschließen, wie Goethe der Natur. So macht er den Quell der Natur fließen, und von solcher Art ist auch Friedel Hinde Kunst. Sie ist sehr einfach und klar und leicht, das Gedicht über gedanklichem Grundklang an ermittelnd. Sie hat auch das, was so vielen Kritikern fehlt: das Gefühl für den Schönheitswert des einzelnen im vollendeten Gedicht. Das heißt sie ist heraus, es geht ihr nichts verloren, und so kommen die Verse wohlklanglich zum Vorschein. Das gelinnet ihr, ohne daß sie die Kunst der Verse sucht; es stellt sich von selbst ein, weil sie kein Wort gering achtet, jedes nach seiner Bedeutung mitwirken läßt im Ganzen. Sie freuet reine Freude, und die war vollends groß, als sie nach einer Gewoge der wunderbaren jungen Liebeslieber, und nach der Griechen-Brick in einigen hochalpinen Stücken (Hörselriedel, Wan, Gelinde (Gode) ein reichhaltiges Spiel humorvoller Charakteristik entfaltete. Sie erhebt die Handlung zu lebendigem Geschehen durch diese Kunst wurde das Gedicht ein heiliges Verdrüben. Und wie kann Friedel Hinde ein solches Gedicht schreiben, das zu schwellender Kraft sich erhebt! Nur der Kunst-Konologe aus dem Anfang des zweiten Teils der Tragödie wies Niederungen auf: die große Rolle dieser Offenbarung genessend erwasenden Lebens ging nicht in Karer Stellung auf. Dies Stück lag eben oberhalb des weiblich Komischen, in dem Friedel Hinde Kunst begründet und begrenzt ist.

Die Technik in den neuen Reichsbüchern. Auf hat in den zahlreichen Buchverlagen des Schulunterrichts in deutschen Schulen der Technik Bedeutungszunahme und technischer Schulungen auf, das geschichtliche Werden angemessen dargestellt wurde, hat der Reichsbund der Technik auf seiner Tagung in Hannover beschlossen, einen Reichsbund der Technik zu gründen, dem auch der bekannte Dampferbauingenieur Dr. Robert v. Reiche als, seine Mitwirkung zugesichert hat. Der Reichsbund hat alle Verhältnisse, die geeignet sind, diese Arbeiten zu fördern, über Abreise der Reichsbund der Reichsbund deutscher Technik, Berlin SW 35, Volkshamer Str. 118a, mitzuteilen.

Theater. In der Staatsoper findet die alljährliche des fünfzigjährigen Jubiläum von Robert Schiller vorerwähnt „Hedermans“ Aufführung am Sonntag unter musikalischer Leitung von Max v. Schilling und mit dem Publikum in der Mittags um 12 Uhr statt.

Der Berliner Lehrer-Vereinsverein veranstaltet am 26. Februar, abends 7 1/2 Uhr, in der Villa Harmonie ein Konzert.

Der Astronom Paul Kempf ist einem Vierlehrs-Hundert Haupt-oberator am Potsdamer Astrophysikalischen Observatorium, 44 Jahre alt geworden.

Gegen wen?

Zu unserem Bericht über die Kundgebung der nationalen Frauenverbände, den wir unter der gleichen Überschrift am 15. Februar veröffentlichten, sendet uns Dr. Käthe Schirmacher „auf Grund des Pressegesetzes“ eine Verächtigung, die zwar dem Pressegesetz absolut nicht entspricht, die wir aber aus angeborener Höflichkeit unserer Lesern zur Kenntnis geben wollen. Dr. Käthe Schirmacher schreibt:

Meine Rede bei der Auslieferungskundgebung des 14. Februar war weder „wütend“, noch eine „Gegrede gegen die Sozialdemokratie“.

Dass ein Teil der mehrheitlichsozialistischen Arbeiter die „Auslieferung und Bestrafung der Generäle und Offiziere“ fordert, ist von einem Genossen an durchaus beachtlicher Stelle erklärt worden, steht also fest. Ich habe „dazu bemerkt, nicht, dass aus den Kreisen dieser vaterlandslosen Arbeiter die meisten Defektoren hervorgegangen“, sondern: 1. dass nur ein nationalisierter Arbeiter dies fordern können; 2. dass sie sich aber durchaus irren, wenn sie glauben, der Feind wolle ihren Wunsch nach „demokratischer Gerechtigkeit“ erfüllen; 3. dass die, welche überließen, Defektorenzentralen gründeten, die Front zermürbten, sicher kein Recht haben, Bestrafung anderer zu fordern; 4. dass der Feind nicht nur Generäle und Offiziere, sondern ebenso Mann, Unteroffizier, Sanitäter und Musketier fordert, alle ohne jeden Klassenunterschied, und dass dem nicht statzugeben sei.

Es handelt sich also nicht um die „Sozialdemokratie“, sondern um einen ihrer Bekämpfer.

Und meine Ansprache, die wohl eine halbe Stunde gedauert, hat sich mit diesem „Bescheid“ noch nicht 5 Minuten beschäftigt.

Dr. Käthe Schirmacher.

Dr. Käthe Schirmacher gerüht, die Unwahrheit zu sagen. Kein Mehrheitssozialist ist für die Auslieferung eingetreten. Darum nennt Dr. Käthe Schirmacher nicht den Namen des „einen Genossen“, der ihr Kronzeuge ist? Sollte es sich hier um ein Gegenstück zu dem „bekannten Mehrheitssozialisten Vater“ handeln? Uns scheint, dass Dr. Käthe Schirmacher vor ihren Hörern sehr absichtlich die Frage der Auslieferung und der Bestrafung durcheinandergeworfen hat. Ebenso unwahr ist ihre Behauptung, dass irgendwelche Teile der Sozialdemokratie „Defektorenzentralen zur Zermürbung der „Front“ gegründet hätten. Auch hierfür wird Dr. Käthe Schirmacher den Beweis schuldig bleiben. Sie hat einfach ein paar längst festgenagelte alldemokratische Agitationslügen wieder aufwärmt, ob in gutem Glauben oder nicht lassen wir dahingestellt. Jedenfalls war unsere Feststellung, dass Käthe Schirmacher in dem Augenblick, wo die Deutschnationalen heuchlerisch nach der Einheitsfront schrieen, die Arbeiterklasse beschimpft hat, auch auf Grund ihrer Darstellung vollkommen zutreffend. Wieviel Minuten sie dazu gebraucht hat, ist sehr gleichgültig.

Eines allerdings wollen wir ihr in Ruhe sagen: Die Arbeiterklasse betrachtet die Frage mit anderen Augen als die Deutschnationalen, die Arbeiterklasse denkt nicht daran, Verbrecher der verdienten Strafe zu entziehen, so sehr sie ein gerechtes Verfahren fordert.

Wirtschaft.

6000 M. Vermögenszuwachs!

Zur Aufklärung von Zweifeln teilt das Landesfinanzamt mit, dass nach § 2 des Gesetzes über eine Kriegszugabe vom Vermögenszuwachs vom 10. September 1919 jeder Abgabepflichtige, dessen Endvermögen (Stand am 30. Juni 1919) sein Anfangsvermögen (Stand am 31. Dezember 1913) bzw. der Tag des Eintritts der Steuerpflicht) um mindestens 6000 Mark übersteigt, verpflichtet ist, eine Steuererklärung abzugeben. Diese Verpflichtung besteht auch für Abgabepflichtige, denen ein Formular zur Steuererklärung nicht zugeandt ist.

Neut Obdächel für ungekretzte Inlandsmarmelade. Die Reichsgesellschaft für Obstkonserven und Marmelade m. b. H. veröffentlicht im „Reichsanzeiger“ neue Höchstpreise für ungekretzte Inlandsmarmelade. Der Preis für 1 Pfund beträgt bei Abgabe an Verbraucher 3,70 M. Einem Mundstücken der Reichsgesellschaft für Obstkonserven und Marmeladen zufolge werden für die Abgabe von Marmelade an Angestellte und Arbeiter sowie für Höchstpreisbestimmungen die bisherigen Vorschriften bis auf weiteres bestehen.

Feuersichere Strohdächer.

Der Kampf gegen das Strohdach gehört zu den ältesten Errungenschaften der Vaupolitik und geht bis in das frühe Mittelalter zurück. Wenn es dennoch nicht gelungen ist, das Strohdach auszuräumen, so liegt das daran, dass es trotz seiner Feuerschuldigkeit eben unter gewissen Umständen wirtschaftlich berechtigt sein kann. In unserer heutigen Lage findet das Strohdach mehr Verständnis als in guten Zeiten. So will sich, wie die „Gauzeitung“ mitteilt, die schleswig-holsteinische Landesbrandkasse mit dem durch eingeschleppten fetten Behm schwer brennbar gemachten Strohdach beschäftigen, wenn gewisse Bedingungen erfüllt werden. (Vermieden feuergefährlicher Betriebe, wie Schmieden, Beschneiderei der Schneidwerke, Färbereien aus unverbrennlichen Stoffen.) Besonders für ländliche, alleinlebende Däuer wird das Strohdach, besser noch das Rohrdach, kaum zu entbehren sein.

Groß-Berlin

Mal etwas anderes im Kino.

Die Veredelung des Kinos kommt durch Reden nicht vorwärts. Hier gilt es, zu handeln, d. h. Bestreben zu bieten und seine Wirkung zu erproben. Nachdem Gemeinden in Groß-Berlin & L. Neubau, auf diesem Wege vorangegangen sind, wollen jetzt Gewerkschaften folgen.

Gestern fand im Berliner Gewerkschaftshaus für die Jugendabteilung der Metallarbeiter eine Kinovorführung statt, in der die Jugendkommission des Verbandes dem Nachwuchs der Arbeiterklasse „mal etwas anderes im Kino“ zeigte. Das Programm war so zusammengestellt, dass es für jeden Geschmack etwas brachte. Ein Film über den Techniker gab lehrreiche Einblicke in die Eisen- und Stahlgewinnung, in den Betrieb des Hochofens, des Stahls und Walzwerks. Ein zweiter Film und die Entdeckung einer Gabbirne in allen Einzelheiten verfassten. Fesselnd waren die naturwissenschaftlichen Filme, in denen wir das Leben und Treiben des Kardens, des Wasserlöcher und der Fischotter bewundern konnten. Der dritte Kardens bei seinen Artgenossen auf Dühnerhöfen, bei Besuchen in Vogelheimen und bei Verfolgung von Mäusen, die Fischotter bei ihren Jagden auf Fische und bei ihrer Jagd vor dem sie selber verfolgenden Jäger — das waren bewegte Bilder voll höchster Spannung. Im dritten Teil wurde eine Jagd auf Zebros gezeigt, ferner Redungen im Elbtaun, die für und Zuschauer sehr viel belehrender als für die Lebenden waren, und schließlich ein durch „Zeitspausenaufnahme“ auf ganz geistige Reden verlangsamter Pokampf, dessen ungewohnter Anblick überaus komisch wirkte und fürmische

Heiterkeit ausstrahlte hervorrief. Der erklärende Vortrag des Herrn Dr. Böge von der Kulturabteilung der Ufa war mit Geschick auf den Ton der Zeit nur aus Jugendlichen zusammengesetzten Zuschauerkreis gerichtet. Er vermittelte das ausübendste Lehrhafte und begnügte sich mit kurzen Hinweisen, wo der Film selber deutlich genug sprach.

Vor dem dritten Teil der Vorführung wurde eine Diskussion eingeleitet, in der vor allem die Jugendlichen ihre Ansicht über die technischen und naturwissenschaftlichen Filme äußern wollten. Leider schwiegen gerade die Jüngsten, vielleicht deshalb, weil man von vornherein erklärte, dass die Veranstaltung zur Beförderung ihres bisher schlechten Geschmacks beitragen sollte. Sie überließen es den Erwachsenen, über die Notwendigkeit der Kinoreform zu reden, wobei nichts Neues mehr gesagt werden konnte. Wir hätten aber den Eindruck, dass der Verlauf „mal etwas anderes im Kino“ zu zeigen, bei der Metallarbeiterjugend durchaus gelungen war. Erfreulich war die Ankündigung, dass in der Arbeiterklasse für die Wiederholung solcher Kinovorführungen gewirkt werden soll. Geplant ist, für die Gewerkschaften einen gemeinsamen Apparat anzuschaffen und durch Vermittlung von Schulräten die Auslösen der Veranstaltungen einzuschränken.

„Boxerhaus“ und „Chausseurmartin“.

Unter diesen Spitznamen waren die beiden Räuber des Rittmeister Otto in jenen Kreisen bekannt, die davon leben, in den Repp- und Nachholalen Gasse auszuglündern, aber sie zu diesem Zweck irgendwohin zu beschleppen. Einer von beiden hatte einen rötlichen Erwerb. Die Plünderungen der Gasse brachten ihnen aber soviel ein, dass sie flott leben konnten. Neuerdings wurde den beiden ein Mann und ein Diebstahl in zwei verschiedenen Nachholalen nachgewiesen. Einem angegriffenen Gasse prüfte der eine gleich im Lokal die Hände auf den Rücken zusammen, während der andere ihm die wertvollen Ringe mit Gewalt von den Fingern zog und eine kleine Pistole aus der Tasche nahm. Mit dieser Pistole wurde Otto erschossen. In einem anderen Lokal stahlen sie einem Gasse eine sehr wertvolle goldene Zigarettenbox. Viele Fälle dieser Art hätte die Kriminalpolizei neben dem Raubmord an Otto jetzt auf Raschke behauptet immer noch, dass er an dem Verbrechen im Tiergarten nicht beteiligt sei. Es ist ihm aber nachgewiesen, dass er planmäßig die Bekanntheit von wohlhabenden Herren gesucht und gemacht hat, um sie zu überfallen. Unter dem Namen Fred Thoms wurde er als feingekleideter Herr Mitglied des Vereins für Palmbaumzucht. So ritt er auch im Tiergarten in der Luisenstraße und auf der Bahn im Tiergarten. Die Bekanntheit Ottos machten Gabow und Raschke entweder schon vorher oder spätestens auf dem Turnier im Tiergarten, das am 10. Januar stattfand. Otto war auch Menschenschieber. Auf dem Turnier haben Gabow und Raschke wahrscheinlich gehört, dass er nach Berlin gekommen war, um Pferde einzufahren. Entweder haben sie sich nun in der Nacht zum 11. auf Verabredung wieder getroffen, oder die Verbrecher haben den Rittmeisterbesitzer nicht mehr aus den Augen gelassen, um ihn zur Raschke hinführen zu treffen. Als der „Chausseurmartin“ in dem Nachholal Stolzengasse in der Röhrenstraße merkte, dass Otto für die weitere Tour nicht ihm, sondern nur dem „Boxerhaus“ anschlössen wollte, stellte er diesem rasch die Pistole zu. Im Einverständnis mit Gabow folgte er dann in der Troische und später zu Fuß den beiden, ohne dass der Rittmeisterbesitzer etwas Böses ahnte. Raschke hat Raschke später auch davon gesprochen, er habe im Tiergarten Schüsse hören und in der Gegend einen Mann liegen sehen, der noch geröchelt habe. Nach alledem hat er ohne Zweifel an dem Verbrechen teilgenommen, zum mindesten an der Vererbung des Opfers.

Gerichtsarzt Dr. Hugo Marx. Der Gerichtsarzt für den Kreis Teltow, Dr. Hugo Marx, ist am Mittwoch im Alter von 45 Jahren der Grippe erlegen. Mit Marx ist einer der hervorragendsten Gerichtsmediziner dahingegangen. Er hinterlässt eine große Zahl wissenschaftlicher Arbeiten. Von ihm kommt u. a. das Handbuch: Medizin und Strafrecht, das er zusammen mit Straßmann und Hoffmann herausgegeben hat. Marx war ein zielbewusster, künstlerisch veranlagter Mensch, der seine im glänzenden Stil gehaltenen Vorträge besonders gern vor dem Laienpublikum hielt. Der Tod dieses Mannes, der stets bereit war, der Allgemeinheit zu dienen, erweckt in weitesten Kreisen tiefe Trauer.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Wittenau. 125 Gramm Sauc (7), 125 Gramm Sauc. Auf 7 d. g. der Kartoffelart 250 Gramm Hähnchenfleisch und 150 Gramm Rohprodukte.

Panitzsch. 250 Gramm Gerstenkorn (4), 1 Pote Oberpaste (7).

Reinigungsart. 250 Gramm Reis B (5) 12, 150 Gramm Gerstenkorn oder Gersten, Dinkelkorn, Weizen, amerikanisches Roggenmehl B (5) 13. Ausgabe der Lebensmittelkarten für Kinder bis zu zwei Jahren und Kriegsheilbedürftige Montag von 8 bis 3 Uhr.

Preis. Die Kennzeichnung der Kundenliste betrifft den Geschäftsbetrieb des Konsumvereins, der seine Kunden wie bisher beliefert, nicht.

Heber Unfällen unglücklicher Ehe mit Dr. Max Ehrlich, heute 1/2 Uhr, im Volkstheater-Bund, Hallesche Straße 34, einen Vortrag.

Königsbrunnenerbanen. Heute 7 Uhr, Gemeindehalle Klasse 3 b, Diszussions- und Lesabend, sowie Besprechung des Unterhaltungsabends.

Bildungsausschuss Groß-Berlin.

Bildungsausschuss Groß-Berlin. Gruppe Moabit. Der Vortragstag des Genossen Knoll. Thema: Volkswirtschaft, fällt aus.

Groß-Berliner Parteinaufrichten.

17. Abt. Funktionärskonferenz bereits heute 7 Uhr, im Lokal von Lojal, Bernauer Str.

31. Abt. Heute 8 Uhr Versammlung Amalischer Funktionäre und Betriebsvertrauensleute bei Waldschmidt, Stolpische Straße 36.

35. Abt. Heute 7 Uhr Versammlung der Eltern, deren Kinder die 78., 147., 241. und 250. Gemeindeschule besuchen, in der Schulaula Wiesenstraße 66.

Schneberg. Alle Genossen und Vorwärtsleiter, deren Söhne die Hohenschule besuchen, werden gebeten, ihre Adresse an Sarre, Wartburgstr. 48, zu senden.

Wiesenberg. Morgen 7 Uhr Mitgliederversammlung in der Aula der Schule, Kerkstr. 10/11.

Verbandstag der Landarbeiter.

Die heutige Sitzung begann mit einem Vortrage des Verbandsvorsitzenden Georg Schmidt über die Stellung der Landarbeiter zur landwirtschaftlichen Produktion und Anjiedlung. Der Redner führte aus: Die landwirtschaftliche Produktion ist die Grundlage der ganzen Volkswirtschaft. Je mehr man sich mit dieser Frage beschäftigt, auf um so mehr Schwierigkeiten stößt man. Man verlangt von uns Rücksicht auf die Verhältnisse der Unternehmer. Wir wollen diese Rücksicht nur in dem Sinne nehmen, dass wir alles tun, um die landwirtschaftliche Produktion unter den heutigen Verhältnissen möglichst ertragsreich zu gestalten. Früher haben die sozialistischen Parteien einen einseitigen Konsumantenstandpunkt vertreten, der nur darauf bedacht war, den Arbeitern billige Lebensmittel zu schaffen. Aber auch die landwirtschaftlichen Unternehmer haben ihre Interessen in einseitig egoistischer Weise vertreten. Besonders der Bund der Landwirte. Wir Landarbeiter müssen uns als Teil des ganzen Volkes betrachten. Wir nehmen auf unsere städtischen Arbeiterbrüder Rücksicht und sind deshalb nie so egoistisch gewesen, unsere Löhne so hoch zu schrauben, dass die Lebensmittelpreise unerträglich geworden wären. Wir erwarten aber auch von den städtischen Arbeitern, dass sie auf die Lage der Landarbeiter Rücksicht nehmen. Es ist ja begreiflich, dass die städtischen Arbeiter ihre Lebensmittel so billig wie möglich haben wollen, aber die Bergarbeiter nehmen doch bei ihren Lohnforderungen auch nicht Rücksicht auf die Kohlenpreise.

Das Schlagwort heißt heute Sozialisierung. Sie wird so gemeint, wenn sich die kapitalistische Entwicklung auf höherer Stufe vollzogen hat, aber nur in einem reichen, aber nicht in einem armen Lande, wie es Deutschland jetzt ist. Die Planwirtschaft! Wisseils hat viel für sich. Wir müssen dahin kommen, dass sein Programm durchgeführt wird. Wenn man sagt, mit der Sozialisierung müsse vorsichtig vorgegangen werden, so trifft das besonders auf die Landwirtschaft zu. Ich stehe auf dem Standpunkt Kautskys, dass an die Sozialisierung der Landwirtschaft erst zuletzt zu denken ist. Andererseits ist zu betonen, dass den landwirtschaftlichen Unternehmern die absolute Freiheit in ihren Betrieben nicht mehr gestattet werden kann. Es geht nicht mehr, dass jeder in seinem Betrieb wirtschaften kann wie er will, sondern es muss Rücksicht genommen werden auf die Interessen der ganzen Volkswirtschaft. Die Landwirtschaft muss individuell betrieben werden, aber notwendig ist eine Aufsicht über die Produktion, damit sie nach den Bedürfnissen der Volkswirtschaft ausgeführt wird. Wenn jemand seine Wirtschaft vernachlässigt, dann muss im Allgemeininteresse eingegriffen werden. Hierzu wird ein Enteignungsgesetz geschaffen werden müssen. (Zustimmung.) Es ist zu bedauern, dass es nicht möglich war, eine sozialistische Mehrheit im Parlament zu bringen, die die Enteignung hätte durchführen können. (Zustimmung.)

Ich stimme nicht der Theorie zu, dass wir nur auskommen können, wenn der deutsche Boden zu Vauernwirtschaften aufgeteilt wird. Wenn es zur Sozialisierung kommt, dann werden wir uns darüber mit den Großgrundbesitzern viel besser einig machen wie mit den kleinen Bauern. (Sehr richtig.) Der Bauer ist der größte Eigentumsfanatiker. — Das Reichslandwirtschaftsgesetz hätte nicht für eine große gesetzgeberische Tat. Seine Durchführung wird uns große Enttäuschungen bringen. In der nächsten Zukunft können wir keine Störung in der deutschen Landwirtschaft gebrauchen, denn es muss herausgewirtschaftet werden, was irgend möglich ist. Die Aufteilung eines Gutshofes in Vauernwirtschaften hat infolge der Umstellung des Betriebes einen Rückgang des Ertrages in den ersten drei Jahren zur Folge. Es ist mit dem Siedlungsgesetz so: Wenn Doktoren und Literaten eine Sache bearbeiten, kommt nichts Praktisches heraus. (Sehr richtig.) Mit der Steigerung und dem Ertrag der Produktion liegt es in der Landwirtschaft anders wie in der Industrie. In der Industrie wird das Produkt um so billiger, je größeren Mengen es erzeugt wird. Das trifft für die Landwirtschaft nicht zu. Hier bedeutet jede durch intensive Wirtschaft bewirkte Steigerung der Produktion eine Verteuerung der vermehrten Produktionsmenge. Je mehr aus dem Boden herausgeholt werden soll, desto mehr Kapital und Arbeit muss darauf verwendet werden. Das gilt auch für die Viehhaltung. Die intensive Wirtschaft erhöht den Ertrag der Produkte, aber auch ihren Preis.

Zur Frage der Beschäftigung ausländischer Arbeiter ist zu fordern: Wo nicht deutsche Arbeiter genug vorhanden sind, um die Produktivität auf das höchste zu steigern — das trifft für den Häckerbau zu —, da können Ausländer beschäftigt werden, wenn eine aus organisierten Arbeitern und Unternehmern bestehende Kommission die Notwendigkeit anerkennt. Den Landräten und Regierungsbeamten darf die Entscheidung nicht überlassen werden. (Zustimmung.) Wenn wir das alles durchführen wollen, brauchen wir denkende Arbeiter. Deshalb fordern wir Sozialisten.

Die Ernährungsverhältnisse in Deutschland werden nicht wieder so werden, wie sie vor dem Kriege waren. Wir werden den Fleischgenuss, an den wir vor dem Kriege gewöhnt waren, wesentlich einschränken müssen, denn nach Lage der Verhältnisse wird sich die Viehhaltung in der Hauptsache auf die Erzeugung von Milch und Butter beschränken müssen. Den Schlachtwiebestand, den wir vor dem Kriege hatten, werden wir nicht halten können. Auch aus diesem Grunde ist die Verschonung Deutschlands in Kleinbetriebe nicht zu befürworten, denn sie sind ja hervorragend auf die Viehhaltung angelegentlich. — Wenn man hebrun will, dann soll man vor allen Dingen dafür sorgen, dass im Ruhrrevier Wohnungen für die Bergarbeiter geschaffen werden, damit mehr Kohlen gefördert werden. Die Volkswirtschaft braucht Kohlen, um das Getreide zu dreschen. Eisenbahnen in der Nähe der Großstädte sind zu begründen, auf dem Lande sollen nur da Siebelungen geschaffen werden, wo die Vorbereitungen dafür gegeben sind.

Als Arbeiter fordern wir, dass die menschliche Arbeitskraft nicht mehr als notwendig ausgenutzt wird. In den maschinenarbeitenden Großbetrieben wird die menschliche Arbeitskraft lange nicht so ausgenutzt, wie in den häuslichen Kleinbetrieben. Also ist auch aus diesem Grunde eine Vermehrung der Kleinbetriebe, wo sich der Bauer mit seiner Familie abrodern muss, nicht anzustreben. — An der Steigerung der Lebensmittelpreise sind nicht nur die Landwirte (Kuh), sondern auch der Zwischenhandel. (Sehr richtig.) Damit die Lebensmittel nach Möglichkeit verbilligt werden, ist der Zwischenhandel auszuscheiden, indem die Konsumenten durch ihre Organisationen in direkte Verbindung mit den Produzenten treten. Wir unterstützen deshalb die Bestrebungen der Konsumvereine. — Der Redner schloß: Wenn wir die dargelegten Richtlinien befolgen, bekämpfen wir das Junkertum, das sich anmaßt, in diesen Fragen allein zu entscheiden. (Lebhafter Beifall.)

Von einer Diskussion über den Vortrag nahm die Versammlung Abstand. — Auf Antrag der Gauleiter wurde folgende Resolution ohne Debatte einstimmig angenommen:

Das Oberkommando des Reiches hat am 18. Februar 1920 eine Verordnung erlassen, die den Landarbeitern der Mark Brandenburg das Streikrecht entzieht.

Der Generalversammlung des Deutschen Landarbeiterverbandes ist nicht bekannt, was auf Seiten der Landarbeiterschaft in der Mark Brandenburg zu einem Streikverbot Veranlassung hätte geben können. Sie erkennen an, dass in allgemeiner Streik der Landarbeiter im gegenwärtigen Zeitpunkt der deutschen Volksernährung unermesslichen Schaden zufügen würde. Gleichwohl erhebt die Generalversammlung Einspruch gegen jede auch nur vorübergehende Vereitelung des Streikrechts der Landarbeiter, da es allen Arbeitern und Angehörigen in der Landwirtschaft als Errungenschaft der Revolution zuzieht. Streiks können nicht durch Verbot, sondern nur auf dem Wege der Verständigung mit der gewerkschaftlichen Organisation der Landarbeiter verhütet werden.

Das Streikverbot ist eine einseitige Bindung der landwirtschaftlichen Arbeiter mitten in ihren Tarifverhandlungen für das laufende Jahr. Es verneht die Gefahr des Zustandekommens veredelierter Tarife und von Lohnregelungen organisierter Arbeiter, wenn nicht zu gleicher Zeit eine ausreichende Sicherung des Arbeitsverhältnisses zum Schutze vor Entlassungen vorgenommen wird.

An die Landarbeiter in Deutschland richtet die Generalversammlung den dringenden Appell, ihre Interessen nur im Rahmen ihrer gewerkschaftlichen Organisation zu vertreten und im Arbeitsvertrage der trostlosen Lage unserer Volkswirtschaft milde Streiks zu unterlassen.

Zu dieser Resolution wurde noch der folgende aus der Versammlung eingegangene Zusatzantrag einstimmig angenommen:

Der Verbandsvorstand wird beauftragt, auf Grund der neuen Verfügung des Reichswehrministers Noske sämtliche Verbandsfunktionäre aufzufordern, ihr Augenmerk darauf zu richten, dass sämtliche Befehle nicht nur die rechtliche Stellung ihrer Angehörigen betreffen, sondern auch, dass genügend Arbeitskräfte eingestellt werden, mit denen die restlose Verteilung und höhere Einwertung vorgenommen werden kann. Ferner wurde einstimmig beschlossen:

Der Hauptvorstand hat an den Sitzungen und Verhandlungen des Reichsbauern- und Landarbeiterkongresses nicht mehr teilzunehmen. Der Reichsbauern- und Landarbeiterkongress ist aufzulösen.

